

Zeitschrift: Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 70 (1991)
Heft: 2

Artikel: Der oekologische Umbau als Europas einzige Chance
Autor: Weber, Beate
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-340918>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der oekologische Umbau als Europas einzige Chance

Am Parteitag der SPS vom 3.4. März 1991 haben die Delegierten mit überwältigender Mehrheit ein Manifest für die Schweiz zu Europa verabschiedet. Gast-Referentin zu diesem Thema war die Oberbürgermeisterin von Heidelberg, Renate Weber, welche seit elf Jahren für die SPD im europäischen Parlament die einschlägigen Erfahrungen gesammelt hat. Für sie ist der europäische Zusammenschluss nur dann denkbar und sinnvoll, wenn dabei auch der europäische Sozial- und Umweltraum entsteht. Für die Politik bedeutet das, dass die Industriegesellschaft oekologisch umgebaut werden muss. Wir dokumentieren das frei gehaltene Referat von Beate Weber mit leichten Kürzungen.

Von Beate Weber

Ist der ökologische Umbau eine europäische Perspektive? Bei Umweltproblemen ist die Analyse mittlerweile relativ einfach. Wo man Papiere zur Umweltpolitik aufschlägt, findet man die gleichen Zahlen, man ist sich eigentlich einig darüber, dass die Belastungen unerträglich sind, dass die Luftverschmutzung, die Meeresverschmutzung und die Belastung mit Chemieabfällen zu gross sind. Die Zahlen variieren nur unwesentlich. In der Regel folgt dann daraus eine Forderung, und diese Forderungen enden damit, dass Kommissionen gebildet werden, national, international, auf immer höheren Ebenen, bis zu den Weltkonferenzen. Und damit ist das Thema dann meistens endgültig begraben.

Wir haben das bei den FCKW's erlebt, wir haben es beim Asbest erlebt, wir haben es bei allen Versuchen erlebt, die Industriepolitik wirklich umzugestalten. Das heisst, wir müssen immer noch an allen Stellen gleichzeitig anfangen zu arbeiten. Denn es müssen Taten folgen. Die Analysen sind da, die Daten sind da, die Beschlüsse sind alle da, wir müssen nur noch tun, was man beschlossen hat.

Asbest ist seit Beginn der 20er Jahre als krebserregender Stoff bekannt. In den USA hat es Untersuchungen an zehntausenden von Mannjahren ge-

geben, und jeder weiss seitdem: Asbest ist krebserregend. Diese Studien sind in den Schubladen der grossen Konzerne verschwunden, und nie wieder aufgetaucht, bis Ende der 70er Jahre die Diskussion erneut kam, weil es offenkundig war, dass Menschen aufgrund von Asbestbelastung starben. Dann hat es Anfang der 80er Jahre Beschlüsse, Gesetze gegeben, mit vielen grossen Diskussionen. Und jedes dieser Gesetze war wieder ein bisschen ein Kompromiss zugunsten der Asbest produzierenden Industrie und der Asbest fördernden Unternehmen. Es gab EG-weit Beschlüsse, dann gab es nationale Gesetze.

Als Oberbürgermeisterin von Heidelberg habe ich mir kürzlich zeigen lassen, was in Heidelberg getan worden ist. Ich glaube, dass Heidelberg symptomatisch ist für alle anderen Städte.

Es gibt ein europäisches Gesetz, es gibt ein deutsches Gesetz. Und es ist Asbest verwendet worden, in den 60er bis in die 80er Jahren, als ob diese Diskussion nie stattgefunden hätte. Dann ist beschlossen worden, dass man katastermäßig alle Räume erfasst, in denen möglicherweise eine Asbestbelastung besteht, und es ist nichts passiert. Ganz wenige Sporthallen und ganz wenige Schulen sind tatsächlich saniert worden. Aber man hat sich gescheut, wirklich Luftmessungen zu machen, weil dann ja vielleicht herausgekommen wäre, dass man diese Bauten einfach abreißen

muss. Und dabei gibt es immer noch Menschen in Europa, die auch heute noch, 20 Jahre nach den Gesetzen, 70 Jahre nach den ersten Erkenntnissen dafür kämpfen, dass ihr Asbestkrebs, ihr Mesotheliom als berufsbedingte Krankheit anerkannt wird.

Doch so darf das mit den Umweltthemen nicht weitergehen. Wenn 70 Jahre nach der ersten Erkenntnis noch keine praktische Tat gefolgt ist, dann ist unsere Umwelt in 70 Jahren endgültig kaputt.

Umweltverträgliches Wachstum

Die Industriegesellschaften stehen vor einer grossen Herausforderung. Wir können die bisherige hemmungslose Wachstumspolitik fortsetzen mit all den bekannten Problemen: mit Klimakatastrophen, Meeresverschmutzung, Müllbergen, Vernichtung von Lebensräumen, und von Arten, Ausbeutung von knappen Ressourcen, mit gefährlichen Arbeitsstoffen. Doch wir wissen, dass wir das nicht tun können. Wir müssen in Ost und West die Weichen neu stellen. Wir müssen dafür sorgen, dass das wirtschaftliche Wachstum endlich umweltverträglich wird. Wenn wir das nicht tun, dann werden wir auch in der EG, wie viele das jetzt schon befürchten, mit der Vollendung des Binnenmarktes, solche ökologische Schäden verursachen, dass sie irreparabel sein werden. Die EG spielt da eine wichtige Rolle, denn sie ist ja nicht nur eine Bündelung von Ländern, wie etwa die UNO, sondern sie ist eine Rechtsgemeinschaft. In der EG können wir Recht setzen, wir können uns gegen eine falsche Politik wehren.

Lösung globaler Probleme

Die Schaffung des Binnenmarktes hat zu tun mit der Lösung der globalen Probleme. Sie ist eine Entscheidung

für das Europa einer anderen Qualität. Aber die eine Entscheidung in die richtige Richtung, wenn alle, die drin sind, das auch wirklich wollen; wenn sie nicht die EG als irgendeine Organisation betrachten neben vielen andern, sondern wenn sie die EG als einen Raum betrachten, der gestaltet werden muss, gestaltet wie die Schweizerische Politik, wie die deutsche Politik, ein Raum der genauso gestaltet werden muss wie die Berner Politik oder die Basler Politik. Es sind die gleichen Themen, die uns in der EG beschäftigen. Der Binnenmarkt heute, das ist ein ständiger Kampf, denn er entwickelt sich ja heute. Schon über 80 Prozent der Gesetze, die den Binnenmarkt schaffen, sind verabschiedet. Nur die wichtigen Weichen für die Zukunft müssen noch gestellt werden. Es ist ein ständiger Kampf von Gewerkschaften und Umweltverbänden für zwei Ziele: Die Schaffung des Sozialraums und die Schaffung einer ökologischen Wirtschaftspolitik. Von der Schaffung des Sozialraumes sind wir weit entfernt. Jacques Delors hat sich erbittert gegenüber den Regierungen geäussert, die zwar immer vom EG -Sozialraum reden, aber nicht bereit sind, die richtigen Entscheidungen und die notwendigen Gesetze zu verabschieden. Man komme nicht voran, sagte Delors und das Ungleichgewicht zwischen Wirtschaft und Arbeitnehmern in der EG werde immer grösser.

Ähnlich sieht es bei der Schaffung der Umweltgemeinschaft aus. Viele Umweltverbände kämpfen dafür, weil sie gemerkt haben, dass man die EG nicht einfach links oder rechts liegen lassen darf. Zwar gibt es im Europaparlament viele Kämpfer, aber wenn es dann um die Entscheidung geht, dann sitzen die Regierungen zusammen hinter verschlossenen Türen, weil die europäische Gemeinschaft nicht sehr demokratisch agiert, und entscheiden gegen die richtigen Lö-

sungen. Eine ökologische Wirtschaftspolitik braucht erhebliche Anstrengungen.

Zwei Sätze zur Umwelt

Diese Regierungschefs sassen nun am 14./15. Dezember zusammen und haben einen Vorschlag für die europäische Union gemacht. Dieser Vorschlag umfasst 30 Seiten. Und in diesem 30seitigen Schlussdokument wird die Umwelt in zwei Sätzen erwähnt. Wo leben diese Herren denn eigentlich? Wir wissen von Umfragen, dass die Umwelt- und die Friedenspolitik die beiden Themen sind, die die Menschen am meisten beschäftigen -heute sogar noch mehr als die Arbeitslosigkeit. Und dann bringen sie es fertig, das Zukunftsdokument für die Europäische Gemeinschaft zu verabschieden, und die Umwelt beiseite zu schieben. Wir haben im Europäischen Parlament gefordert, dass man sich mindestens theoretisch damit befasst, welche Auswirkungen der Binnenmarkt auf die Umwelt hat. Es gab da eine berühmte «task force», ein Experten-Team, in das die Regierungen ihnen genehme Wirtschaftspolitiker delegierten. Und trotzdem enthält der Bericht dieser Experten Ergebnisse, die dazu führten, dass das Dokument nie offiziell veröffentlicht wurde. Denn es war so offenkundig, dass selbst jene, die nicht auf der radikalen Umweltschutzseite standen, gravierende, negative Folgen für die Umwelt befürchten, und das sehr eindeutig darlegen. So berichten sie in einer vorsichtigen Analyse, dass es eine Zunahme im Schwerverkehr um 30 - 50 Prozent geben wird. Weiter enthält der Bericht Ausbauforderungen für die Kernenergie: Kein Wort über die Unfälle, die Entsorgungsprobleme, die Stillegungsprobleme. Die Wasserverschmutzung wird weitergehen. Das Abfallaufkommen wird steigen, weil, wenn das Bruttosozialprodukt steigt, auch die Abfallmengen un-

glaublich ansteigen werden. Und wir wissen, dass es ein regionales Dumping geben kann, also ein Umwelt-Dumping, wie es ein Sozial-Dumping geben kann, dass nämlich die Produktion dorthin geht, wo die schlechtesten Schutzgesetze im Bereich sozialer Sicherheit und im Bereich Umweltschutz existieren. Das alles kommt auf uns zu, wenn nicht gegen gesteuert wird.

Konzerne geben den Ton an

Das heisst, es muss viele geben, die dafür streiten, dass diese Dinge so nicht geschehen, dass rechtzeitig die richtigen Weichen gestellt werden. Das heisst, wenn wir diese Europäische Gemeinschaft unterstützen, dass wir nicht das bedingungslose Wachstums- und Beschäftigungs-Europa wollen. Die EG muss zu einem Raum werden, mit qualitativ hochwertigen Produkten und Produktionsverfahren, mit einem sorgsamen und verantwortungsbewussten Umgang mit eigenen und fremden Ressourcen, und mit einem Verzicht auf die ökologischen Ressourcen-Belastungen durch Konsum- und Verkehrssysteme, die in ihrer Summe die Lebensgrundlagen auf diesem Planeten irreparabel zerstören werden.

Wir wissen, dass trotz Zeiten des Wohlstandes, Arbeitslosigkeit und Umweltbelastung gestiegen sind. Das heisst, dass wir nicht einfach denen, die Profit machen, die Gestaltung von Sozial- und Umweltraum überlassen können. Denn nur, wenn man mitgestaltet, kann man etwas verhindern oder erreichen.

Die Europäische Gemeinschaft wird im Augenblick noch, wie die ganze Welt, von grossen Konzernen betrieben, d.h. wir wissen, dass die grossen Konzerne entscheiden, wo produziert wird, was produziert wird und wie produziert wird. Aber wenn wir uns

einig sind, können wir ein Gegengewicht setzen. Wir können eine europäische Mitbestimmung schaffen, wir können eine europäische Umweltpolitik schaffen, wenn wir uns wirklich daran machen.

Es gibt viele Wissenschaftler heute, die warnen, wenn die EG, die ja nach der USA die zweitgrösste Industrieregion der Erde ist, ebenso rücksichtslos auf nacktes Wirtschaftswachstum setzt, wie die kleinen Tiger aus Südostasien, wie sie genannt werden, Südkorea, Taiwan, Singapur und Hongkong, dann würde das in wenigen Jahren zum ökologischen Ruin führen.

Wischen vor der eigenen Tür

Nach vorliegenden Berechnungen, machen allein in den alten Ländern der Bundesrepublik die defensiven Aufgaben, also die reaktiven Ausgaben für Umwelt, Gesundheit, Verkehr, Wohnen, innere Sicherheit und Arbeitsschutz jährlich einen Betrag von mindestens 197 Milliarden DM aus - das sind zwölf Prozent des Bruttosozialprodukts. In der UdSSR werden die Umweltschäden heute auf etwa zehn Prozent des Bruttosozialprodukts geschätzt, in Polen auf mindestens zwanzig Prozent. Für die Sanierung der Gewässer-Systeme in der ehemaligen DDR und für die Umstellung auf eine umweltfreundliche Energiegewinnung haben wir bereits einen Betrag von 200 Milliarden DM errechnet. 200 Milliarden, um nur das wieder in Ordnung zu bringen, was vorher versäumt worden ist.

Im Rahmen der weltweiten Entwicklung wird diese Problematik noch deutlicher. Wenn man sich einen Anstieg des Bruttosozialproduktes in den Entwicklungsländern, allein auf heutiges EG- oder US-Niveau vorstellt, wird die Klimabelastung weltweit unvorstellbar. Als Beispiel dafür kann

das FCKW-Protokoll dienen, das nach dem Wiener Abkommen zum Schutz der Ozonschicht abgeschlossen worden ist. Dabei gab es zähe Verhandlungen darüber, wieviel Anwachsen der Verwendung von FCKW eigentlich den Entwicklungsländern zugestanden werden sollte. Und alle merkten auf einmal, wenn nur allein die Inder so viele Kühlschränke haben wie es in schlechten Zeiten in Europa üblich war, dann würde die FCKW-Menge weltweit dramatisch ansteigen. Das heisst, wenn wir diesen Zuwachs an ganz normalem Wohlstand andern zugestehen, dass wir auf unserer Seite Abstriche machen müssen. Das bedeutet, das wir bei uns anfangen müssen, bevor wir den andern Vorschriften machen.

Eine Reduzierung des Energieverbrauchs ist kein Rückschritt, sondern bedeutet sinnvolle Nutzung von Energie. Unsere konservativen Gegner sagen zwar immer, zurück in die Steinzeit. Darum geht es überhaupt nicht.

Ein Kraftwerk für rote Lämpchen

Ein kleines Beispiel: Wenn alle Schweizer nach dem Fernsehen das rote Lämpchen, das Standby-Lämpchen, an ihrem Fernsehapparat ausschalten und erst dann wieder einschalten würden, wenn sie das nächste Mal fernsehen wollen, dann würde ein ganzes Kraftwerk unnötig werden. Das wäre Energiesparen ohne Rückfall in die Steinzeit.

Wenn wir CO₂, NO_x und SO₂ verringern wollen, müssen wir bei der Binnenmarktentwicklung aufpassen. Denn prognostiziert ist allein mit dem Anwachsen des Bruttosozialprodukts ein Anstieg um acht bis neun Prozent bei SO₂, und um zwölf bis vierzehn Prozent bei NO_x, wenn man nichts dagegen tut. Das heisst, wir müssen dafür sorgen, dass auf allen Ebenen,



Beate Weber spricht vor dem Parteitag der SPS in Bern

von der Kommune bis zum Bund, erneuerbare Energien genutzt werden, Energien sparsam genutzt werden, und dass Wärmedämmung eingesetzt, dass der motorisierte Individualverkehr verringert wird, dass der öffentliche Personennahverkehr gefördert wird, dass die Schiene ausgebaut wird und nicht verringert, wie das im Augenblick in der Bundesrepublik der Fall ist.

BSP minus Negativkosten

Wir müssen wissen, dass alles das, was als Wirtschaftswachstum deklariert wird, ja auch höchst fragwürdig ist.

Deshalb auch die Diskussion in den Sozialdemokratischen Parteien darüber, dass die Berechnungen zum Bruttonsozialprodukt hinken. Wir wissen, dass die Bestimmung unseres Wohlstands über das Bruttonsozialprodukt trügerisch ist. Denn ein Anwachsen des Bruttonsozialprodukts erfolgt ja auch bei der Behandlung von Allergien, von Berufskrankheiten, von Atemwegerkrankungen, bei der Behandlung von Verkehrsunfällen, beim Wegräumen von kaputten Autos,

beim Bauen von Strassen, bei Krankenhauskosten die aufgrund von Unfällen entstehen, bei der Versiegelung von Flächen, bei der Reparatur von Altlasten, der Sanierung von Mülldeponien. Dienstleistungen zur Beseitigung von Problemen sind alles ganz grossartige Faktoren, weil sie zu unserem Bruttonsozialprodukt beitragen. Wenn alle aufgelistet werden, steigert es das Bruttonsozialprodukt. Dass ist nicht in Ordnung, denn es sind Negativkosten. Das sind die negativen Folgekosten, die Negativergebnisse, die eigentlich vermieden werden sollten und die eigentlich abgezogen werden müssten vom Bruttonsozialprodukt, weil sie einen falschen Eindruck erwecken. Japaner und Kanadier etwa haben angefangen, eine Art «net welfare indicator» zu bilden, der tatsächlich die positiven und die negativen Seiten der Entwicklung saldiert. Wir müssen uns endlich klar werden darüber, dass wir auf allen Handlungsebenen gegen das Kapital die Umwelt in Rechnung stellen. Das heisst, bisher zählt das Verseuchen von Seen nicht als Abbau von Kapital, Versiegeln von Flächen, das Erschöpfen von Deponieflächen, und belastete Böden

sind keine Kapitalverringerung. Wo dann am Ende des Jahres Bilanz gemacht wird, und jeder sagt, ums himmelswillen, dieses Jahr haben wir wirklich auf Kosten der Umwelt gelebt. Nächstes Jahr müssen wir mehr aufpassen. Wir brauchen ein verändertes Bild des Bruttonsozialproduktes, und zwar sehr schnell, denn sonst lügen wir uns gegenseitig in die Tasche und geben unseren Kindern ein grossartiges Bruttonsozialprodukt weiter, aber leider keine Umwelt mehr, in der sie überleben können.

«The greening of the treaties»

Zur Zeit läuft in der EG der Versuch einer Zusammenarbeit zwischen Umweltverbänden, die ihrerseits sehr eng mit den Abgeordneten im europäischen Parlament zusammenarbeiten. Diese Umweltverbände haben in Brüssel das europäische Umweltbüro geschaffen, das mit drei Mitarbeitern arbeitet, wozu von Zeit zu Zeit ehrenamtlich weitere dazukommen.

Auf der anderen Seite haben wir in Brüssel heute ungefähr 6'000 Mitarbeiter von europäischen Industrieunternehmen, die Lobbyismus betreiben. Jede europäische Organisation, die etwas mit Wirtschaft zu tun hat, hat sich in Brüssel angesiedelt. Mittlerweile kommen sogar einzelne Betriebe dazu wie etwa Ciba-Geigy oder andere, die in Brüssel ihre Vertretung haben. Sie beeinflussen alle die EG-Gesetze von allem Anfang an. Und sie tun das parallel zuhause bei ihren Regierungen. Da kann man nicht davon ausgehen, dass da vernünftige Gesetze herauskommen, die die Umwelt schützen. Deswegen ist es dringend notwendig, ein Gegengewicht zu schaffen. Das heisst, die Öffentlichkeit zu aktivieren, klar zu machen, dass hier in der EG Lobbyismus für Demokratie und für Umwelt betrieben werden muss. Dafür müssen Gel-

der und Mittel eingesetzt werden. Das gilt für die Gewerkschaften, genauso wie für die Parteien und die Umweltverbände, die alle diese Europäische Gemeinschaft immer noch als eine Art Nebenkriegsschauplatz betrachten.

Im letzten Dezember haben nun die Umweltverbände einen Entwurf für eine ökologische Wirtschaftspolitik in der EG vorgelegt: «The greening of the treaties» heisst der schöne englische Titel. Die norwegische Regierung nennt dieses Papier als Vorbereitung für ihre Beitrittsverhandlungen zur EG. Ich wünschte mir, dass die Schweizer das genauso machen, denn es ist ein ganz hervorragendes Dokument.

«The greening of the treaties» fordert die Klarstellung, dass die Europäische Gemeinschaft eine Verantwortung für zukünftige Generationen hat und dass wir das, was wir für diese zukünftigen Generationen wünschen, schon heute in unsere Entscheidungen einbeziehen. Deshalb soll die Umweltpolitik in alle anderen Politikbereiche, in die Agrar-, die Verkehrs-, Energie-, die Entwicklungspolitik usw., integriert werden.

Der Druck von unten

Das Dokument unterstreicht die notwendige Demokratisierung der Politik: Umweltpolitik und Sozialpolitik sind immer nur auf Druck von unten gekommen. Es hat nie eine Umweltpolitik von oben gegeben. Das heisst, je weniger demokratisch die EG strukturiert ist, desto weniger Umweltpolitik wird sie haben. Und das heisst, dass die Parteien sich mit aller Kraft auf diese europäische Diskussion einstellen müssen, denn die Parteien sind eines der verschiedenen Vehikel, mit den Ideen nach oben gebracht werden. Deswegen finde ich die Beschlüsse der SPS zum Europa-

Manifest so wichtig. Ich hoffe, dass die SP Schweiz bald die Möglichkeit habt, sie auch in die EG einzubringen.

Wir brauchen eine umweltverträgliche Agrar- und Verkehrspolitik. Wir müssen klären, welche Finanzhilfen eigentlich nach wie vor zur Schädigung, zur Belastung der Umwelt führen. Viele davon tun das nämlich. Viele unserer Steuern, viele unserer Finanzhilfen sind nach wie vor Subventionen für Umweltbelastung.

Wir müssen dafür sorgen, dass höchste Standards in Europa gelten. Wir sind die reichste Region dieser Erde. Und die Schweiz gehört auch dazu. Das heisst, wir müssen dafür sorgen, dass bei uns die hohen Standards, die hohen Schutzniveaus gelten, und dass überall dort, wo innerhalb der europäischen Länder strengere Regeln schon gelten, diese auch weiterhin gelten dürfen. Das wird ein harter Kampf, denn die Wirtschaftsunternehmen sagen natürlich, dass dadurch ihre Wettbewerbsfähigkeit verändert wird.

Künftig brauchen wir in der EG qualifizierte Mehrheitsentscheide. Es darf nicht mehr sein, dass ein Land, das etwas nicht will, alles blockieren kann.

Wir brauchen einen europäischen Umweltfonds für Rahmenprogramme. Wir brauchen ein Umweltinspektorat, das in allen Ländern der Gemeinschaft Umweltkontrollen durchführen kann. Das wurde bisher von den Regierungen abgeblockt. Immerhin hat das Europaparlament durchgesetzt, dass es regelmäßig jedes Jahr einen Bericht über die Umsetzung des Gemeinschaftsrechts gibt - nicht nur im Bereich Wettbewerb und Wirtschaft, sondern auch im Bereich Umwelt, weil die Länder ganz massiv gegen das verstossen, was sie mit viel Mühe ja einmal beschlossen haben. Künftig wird zu überlegen sein, ob vertraglich festgehalten werden soll, dass der Schutz der Umwelt ein Ziel der Europäischen Gemein-

schaft ist. Die EG ist nicht irgend ein Neutrum, das uns ein paar wichtige nationale Entscheidungen abnimmt, sondern die EG ist genauso gut oder so schlecht wie ihre Mitglieder sind, genauso gut oder so schlecht wie ihre Mitgliedsregierungen und wie die Parlamentarier und wie die Kommissare, die sie in die EG schicken. Und in die EG sollte man diejenigen schicken, von denen man etwas erwartet, Menschen, Frauen oder Männer, welche die Sache vorantreiben in eine qualitativ hochwertigere Richtung im Bereich sozialer Gerechtigkeit, und im Bereich Umweltschutz.

Wenn die Schweiz, Österreich und die skandinavischen Länder der EG beitreten, besteht die Hoffnung dass es dann mehr Druck für mehr Demokratie und für mehr Umweltschutz geben wird, und das ist ein erwünschter Druck.

Oekologischer Umbau der Industriegesellschaft ist eine europäische Perspektive, aber nur dann, wenn alle mitmachen.